

# FUTURE

Réseau d'information Science &amp; Politique

März 2005

## ■ Staat und Bildung

### Visionen statt Entlastungen, bitte

Ein Entlastungsprogramm folgt dem anderen. Es ist unterdessen fast eine jährlich wiederkehrende Übung, bei der für die Bundesfinanzen das Giesskannensystem angewendet wird, zum Nachteil der Gewichtung von Prioritäten.

So schlägt das Entlastungsprogramm 2004 für den Bundeshaushalt (EP 04) beispielsweise Kürzungen von über 10% allein im Bereich Bildung, Forschung und Technologie (BFT) vor, was die rund 7% der Bundesausgaben übersteigt, die dieser Sektor insgesamt erhält.

Man ist sehr weit vom guten Willen entfernt, welcher in der Vorbereitungsphase zur BFT-Botschaft 2004–2007 bekundet wurde, als man eine Mittelerhöhung von 6,5% in Aussicht stellte, um den Rückstand der 90-er-Jahre aufholen zu können. Dann kam das EP 03: Und der angekündigte Mittelzuwachs schrumpfte auf 4,8%. Im EP 04 sind es nur noch 3,5% (offizielle Zahlen aus der Botschaft sowie vom Staatssekretariat) und gar 2,1% für den ETH-Bereich, was de facto eine Abnahme um 2% darstellt, wenn man ehrlicherweise die Teuerung mit einbezieht. Nicht zu sprechen von den drastischen Einschnitten, welche die Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung durch den Nationalfonds im Hinblick auf 2008 gefährden.

Welch ein Widerspruch, weisen doch OECD-Studien nach, dass die Bereiche Bildung und Forschung sowie die Verkehrsinfrastruktur für einen Staat am «produktivsten» sind.

Ein weiteres Paradox: Sämtliche Parteien und betroffene Organisationen anerkennen einhellig, dass Bildung und Forschung prioritäre Staatsaufgaben darstellen. Es gibt mehrere Wege, um negative Folgen der Reformpläne für diese Bereiche abzufedern. Unter anderem zu nennen ist der Vorschlag, einen Fonds zur Anpassung der Ausgabenstruktur für prioritäre Bereiche ins Leben zu rufen, einen Fonds, der z.B. aus dem Erlös von Swisscom-Aktienrückkäufen finanziert werden könnte.

In jedem Fall ist es wichtig, schnell zu reagieren. Denn es darf nicht sein, dass man orientierungslos ohne jegliche inhaltliche Visionen weiterhin auf der Sparwelle dahintreibt, ohne den Mut zu haben, realpolitisch Prioritäten zu setzen. Die Zeit rein deklamatorischer Prioritätensetzungen ist vorbei.

*Dr. phil. Hans Widmer*

*Nationalrat, Luzern*

*Mitglied des Politiker-Team FUTURE*

## Hochschulen – die Wachstumsmotoren

**Ja, die Universitäten und Hochschulen steuern in grossem Ausmass ihren Teil zu den Staatsfinanzen bei. Sie können einem Kanton dutzende Millionenbeträge und der Wirtschaft hunderte Millionen einbringen. Dies belegen Wirtschaftlichkeitsstudien, die in einigen Schweizer Hochschulen durchgeführt wurden. Deren Ergebnisse werden wir Ihnen in den nächsten Ausgaben vorstellen. Sehr oft beziehen sich die angegebenen Zahlen auf die direkte wirtschaftliche Wertschöpfung auf Grundlage des effektiven Budgets. Viel schwieriger ist es, die Antriebswirkung auf das Wirtschaftsnetz im weiteren Sinne zu analysieren (zum Beispiel die Gründung von und Anziehungskraft auf Unternehmen, der Arbeitsplatzzuwachs, Auswirkungen auf das Immobiliengeschäft, auf die Hotellerie, das internationale Image, Lizenzen, Zeugnisse). Eines aber ist sicher: Genau wie berühmte ausländische Universitäten (Boston Area: <http://web.mit.edu/newsoffice/2003/econimpact.html>), stellen auch unsere Hochschulen Wachstumsmotoren dar.**

### Die Universität St. Gallen: ein Wirtschaftsfaktor für die Region

Hätte St. Gallen keine Universität, würde die Staatsrechnung um rund 15 Mio. Franken entlastet. Die Ausgleichszahlungen im Rahmen der interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) für St. Galler Studierende an anderen Hochschulen schlagen mit rund 7,5 Mio. Fr. nur halb so hoch zu Buch. Die Hochschule St. Gallen (HSG) ist unter dem Strich ein denkbar schlechtes finanzielles Geschäft für den Kanton. Zu diesem Schluss kommen einige kostenorientierte Rechner.

Das Gegenteil ist der Fall. Dies belegt eine Studie<sup>1)</sup> von Prof. Dr. Georges Fischer. In einer Inzidenzanalyse wurde systematisch erhoben, welche wirtschaftliche Wirkung die HSG hat. Sie ist mit rund 1000 Festangestellten und etwa ebenso vielen Honorarempfängern aus dem In- und Ausland eine der zehn grössten Arbeitgeberinnen des Kantons.

1999 sind durch den Betrieb der HSG Zahlungsströme von insgesamt 185 Mio. Fr. ausgelöst worden, was über 1% des Volkseinkommens des Kantons entspricht. 63 Mio. Fr. oder 34% davon entfielen auf den Kernbereich der Universität, 50 Mio. Fr. respektive 27% auf die mit ihr verbundenen Institute und Weiterbildungsinstitutionen sowie 72 Mio. Fr. oder 39% auf die Konsumausgaben der Studierenden.

Von diesen 185 Mio. Fr. flossen 142 Mio. Fr. in den Kanton SG, 113 Mio. Fr. davon wiederum direkt in die Stadt St. Gallen. Dieser Kaufkraftzufluss macht 3,5% des städtischen Volkseinkommens aus. Der Stadt flossen im Schnitt 1630 Fr. je Einwohner zu, gegenüber Auslagen von knapp 34 Fr. pro Kopf für die HSG.

Nach Abzug von 42 Mio. Fr. Kaufkraftabflüssen resultierte für den Kanton ein positiver Saldo von gut 100 Mio. Fr. 99 Mio. Fr. davon kamen direkt der Stadt zugute. Diese direkten Zahlungsströme lösen auf längere Sicht Multiplikationsprozesse aus. Ganz zu Schweigen von nicht quantifizierbaren Effekten wie dem Imagebeitrag an Stadt und Land.

St. Gallen hatte bereits 1989 den wirtschaftlichen Einfluss der HSG auf die Region erhoben. Bei einem Vergleich beider Studien stellte man fest, dass sich die gesamten Zahlungsströme der HSG wegen der steigenden Zahl Studierender und der erweiterten Tätigkeit der Institute innert zehn Jahren nahezu verdoppelt hatten.

Eine parallel zur Inzidenzanalyse durchgeführte Untersuchung förderte zu Tage, dass fast 850 Absolventinnen und Absolventen der HSG in diesen zehn Jahren 1450 erfolgreiche Firmengründungen getätigt hatten, woraus rund 24000 neue Arbeitsplätze entstanden sind. 15% davon wählten St. Gallen als Standort, gleich viele Zürich.

*(Fortsetzung auf Seite 2)*

## Uni Lausanne: Nettogewinn von mehreren Dutzend Mio. Fr. für den Kanton

An der Universität Lausanne (UNIL) hat das Institut für angewandte Makroökonomie (Créa) im Jahr 2001 eine Studie zum gleichen Thema durchgeführt. In der Zusammenfassung (der Rest des Textes ist zitiert) zeigt es auf, dass Berechnungen der finanziellen Auswirkungen für ein einzelnes Jahr zu extrem hohen oder tiefen Resultaten führen können. Hingegen lassen sich mit einer Analyse über einen längeren Zeitraum eine allgemeine Tendenz feststellen und ein Mittelwert errechnen. Für die Periode 1991 bis 2000 ist das Créa zu folgenden Ergebnissen gekommen:

1. Unter dem Strich profitiert der Kanton Waadt finanziell von der Präsenz der Universität.
2. Die öffentliche Hand trägt zum Betrieb der UNIL im Mittel jährlich 238 Millionen Franken bei, aus der Uni fließen aber 304 Mio. Fr. in die Waadtländer Wirtschaft. Der mittlere Nettogewinn für den Kanton beträgt demnach 66 Mio. Fr. jährlich. Dieser Betrag ist möglicherweise zu tief angesetzt, da er nur die direkt messbaren Aktivitäten aufgrund der Statistiken der UNIL beinhaltet und die finanziellen Beiträge nicht berücksichtigt, die indirekt mit der Präsenz der Universität zusammenhängen. Dazu gehören beispielsweise die Ausgaben im Kanton Waadt von Auswärtigen, die an Kongressen teilnehmen, welche die UNIL organisiert. Die oben genannten Zahlen bedeuten, dass ein plötzliches Verschwinden der Universität in der Wirtschaft des Kantons ein Loch von 66 Mio. Fr. hinterlassen würde. Rund um den Mittelwert von 66 Mio. Fr. können je nach Jahr mehr oder weniger starke Schwankungen auftreten. Diese hängen vor allem von den Investitionen, deren Höhe sprunghaft ändern kann, und vom Anteil der Ausgaben für Güter und Dienstleistungen im Kanton selber ab. Die anderen Variablen, die in die Berechnungen einbezogen wurden, sind Personalkosten, Ausgaben der Studierenden, Mandate usw.
3. Die Investitionen spielen bei der Berechnung der primären Nettoinzidenz eine wichtige Rolle, da je nach Art der Investitionen die Bundesbeiträge höher oder tiefer sind. Die Ausgaben für die Investitionen werden aber grösstenteils im Kanton gemacht. Auch wenn Investitionen in erster Linie für neue Bauten getätigt werden, ist der Einfluss auf das Kantonseinkommen positiv und zwar umso mehr je höher der Investitionsbetrag ist. Aufgrund einer Extrapolation kann man schliessen, dass der finanzielle Zusatzbeitrag der für 2002 bis 2010 geplanten Bauvorhaben (215 Mio. Fr.) jährlich zwischen 6 und 7 Mio. Fr. betragen könnte. Das ist immerhin eine Erhöhung der primären Inzidenz um 10%.

## Universität Freiburg: ein wichtiger Wirtschaftsakteur

Gemäss einer 1999 veröffentlichten Studie der Freiburger Handels- und Industriekammer lässt sich der finanzielle Einfluss der Universität Freiburg auf die Wirtschaft des Kantons anhand beträchtlicher Finanzflüsse messen. So belief sich die Gesamthöhe des finanziellen Beitrags, der auf

die Präsenz der Universität zurückzuführen ist, für das Jahr 1998 auf 333,99 Mio. Franken gegenüber 259,5 Mio. Fr. im Jahr 1993.

Diese Summe begründet sich zum Einen in den direkten Ausgaben, die sich im Jahr 1998 auf 222,66 Mio. Fr. beliefen (gegenüber 173 Mio. Fr. im Jahr 1993). Andererseits trägt sie dem Multiplikationseffekt Rechnung, der üblicherweise in ähnlichen Fällen bei induzierten Ausgaben angenommen wird. Der Effekt wird auf 50% der direkten Ausgaben geschätzt, sprich 111,33 Mio. Fr.

Mit rund 1100 Vollzeitmitarbeitenden im Jahr 1998 ist die Universität Freiburg eine der grössten Arbeitgeberinnen des Kantons. Die Universität kauft Güter und Dienstleistungen bei Privatunternehmen in der Region ein. 1998 hat sie Aufträge in Höhe von 33 Mio Fr. vergeben.

Die täglichen Ausgaben der über 9000 Studierenden haben Einfluss auf den Wohnungsmarkt, den Verkehr, die Kleidung, die Finanzdienstleistungen, die Versicherungen, die Buchhandlungen, die Garagen, die Telekommunikation usw. Insgesamt machen die Studierenden und das Universitätspersonal für die Freiburger Wirtschaft rund 10000 Konsumentinnen und Konsumenten von Gütern und Dienstleistungen aus.

Die Investitionen von 110 Mio. Fr. für den Bau des Projektes Perolles 2, von denen 61 Mio. Fr. durch den Bund und 49 Mio. Fr. vom Kanton finanziert werden, sind interessant für Unternehmen aus dem Bauhaupt-, Bauneben-, Installations- sowie Ausrüstungsgewerbe. Gemäss der Freiburger Handels- und Industriekammer nimmt der Staat eine antizyklische Haltung ein, die in einer für den wichtigen Bausektor flauen Zeit für die gesamte Freiburger Region klug ist.

<sup>1)</sup> Weitere Informationen zur Studie «Die Universität St. Gallen – ein Profitcenter des Kantons?» von Prof. Dr. Georges Fischer: Universität St. Gallen, Pressestelle, Dufourstrasse 50, 9000 St. Gallen, Tel: 071 224 22 25. Homepage: [www.unisg.ch](http://www.unisg.ch)

## ■ Visionen von Charles Kleiber

### Schweizer Hochschulen im Jahr 2015: «öffentliche Unternehmen des Wissens?»

Verschärfte zwischenstaatliche Konkurrenz und steigende Instabilität von Standortvorteilen erschweren es der föderalistischen Hochpreinsel Schweiz zunehmend, ökonomisch mitzuhalten. So lag das mittlere Wirtschaftswachstum zwischen 1997 und 2002 bei 1,7%, das globale Mittel bei 3,1%.

Weltweite Strukturrends weisen auf darauf hin, dass Wissensökonomie zu einem wichtigen Produktions-, Entwicklungs- und Machtfaktor wird. Die geplanten massiven Beitragskürzungen des Bundes auch im tertiären Bildungswesen bei laut Bundesamt für Statistik (Bfs) bis 2013 wachsenden Studentenzahlen werfen vor diesem Hintergrund Fragen auf: Wie sieht so die Schweizer Hochschullandschaft in zehn Jahren aus? Auf diese Thematik ging Charles Kleiber, Staatssekretär für Bildung und Forschung (SBF), an der Generalversammlung der Konferenz der Informations- und Public Relations Abteilungen der Schweizer Universitäten und Hochschulen (SUPRIO) vom 20. Januar 2005 in Bern ein.

Nach Ansicht von Kleiber braucht die Schweiz eine «Reindustrialisierung mit hoher Wertschöpfung». Dies impliziere Reformen und Investitionen. Ein wichtiges Ziel sei ein gesamtschweizerischer Bildungs- und Forschungsraum, in dem die Zusammenarbeit und der Wettbewerb, besonders in der Forschung, gefördert werden, sowie eine stärkere Steuerung des Gesamtsystems und die Konzentration der Bundeskompetenzen in einem einzigen Departement. Als kurzfristiges Vorhaben verwies er auf das Projekt Hochschullandschaft Schweiz 2008 (HSL 08).

#### Impressum

Netzwerk Future/Réseau Future  
Thunstrasse 7, 3005 Bern  
Tel. 031 356 53 51, Fax 031 356 53 50  
[info@futureteam.info](mailto:info@futureteam.info)

© Netzwerk Future 2005. Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt/Réseau Future 2005. Reprise autorisée avec mention de la source

Charles Kleiber glaubt nicht, dass sich die Anzahl Institutionen bis 2015 verändern wird. Doch werde es ein verändertes Angebot geben, eine Strukturierung nach grossen Kompetenzzentren. Ein kollektiver Lernprozess hin zu weltoffenen «öffentlichen Unternehmen des Wissens» und eine stärkere Internationalisierung sowie eine grössere Mobilität der Studierenden besonders innerhalb Europas seien nötig. Die veranschlagten BFT-Ausgaben liegen bei 3–4% des BIP. *(bin)*

## Zeitplan neue Bildungsverfassung

Kurz nachdem im Dezember 2004 der Ergebnisbericht zur Vernehmlassung der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) veröffentlicht worden war, nahm die Ständerat-Subkommission Bieri der WBK-S die Ausarbeitung des in der Vernehmlassung als ungenügend beurteilten Hochschulartikels auf. Parallel dazu befasste sich die Subkommission Randegger der WBK-N im Januar und Februar 2005 mit der Auswertung des Vernehmlassungsberichts und der Klärung der Subsidiaritätsfrage in Art. 62a mit der Regelung des Schuleintrittes, angestossen durch die Parlamentarische Initiative von Felix Gutzwiller.

Im Mai wird die WBK-N den von der Schwesterkommission aus dem Ständerat vorgeschlagenen neuen Hochschulartikel behandeln und in die neue Bildungsverfassung integrieren. Anschliessend geht das gesamte Paket zur Stellungnahme an den Bundesrat und die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK).

Im Oktober 2005 soll das gesamte Paket für die Plenumsdebatte im Nationalrat bereit sein.

Die Plenumsdebatte im Ständerat kann voraussichtlich im Dezember 2005 stattfinden. Zur Schlussabstimmung soll es spätestens in der Frühjahrsession 2006 kommen. Die Volksabstimmung über die neue Bildungsverfassung ist für Herbst 2006 geplant.

Weitere Informationen: *Nationalrat Johannes Randegger; johannes.randegger@group.novartis.com*

## Who's who?

### Das neue Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF)

Das Staatssekretariat der Gruppe für Wissenschaft und Forschung (GWF), das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) und das Büro für Weltraumangelegenheiten (SSO) wurden per 1. Januar 2005 aufgelöst und sind seither im neuen Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) zusammengefasst. Das SBF unter der Führung von Staatssekretär Charles Kleiber untersteht dem Departement des Innern (EDI). Es besteht aus vier Bereichen. Geleitet werden die Bereiche von Vize-Direktor Marc Bertschi (Raumfahrt), von Vize-Direktorin Margrit Meier (Bildung), von Vize-Direktor Gerard Escher (Grundlagen) sowie vom stellvertretenden Direktor Paul E. Zinsli (Forschung), dem auch die Dienststellen Finanzen/Zentrale Dienste sowie Personal unterstehen.

Dem Bereich Bildung angegliedert sind die Ressorts Universitäre Hochschulen unter der Leitung von Margrit Meier sowie das Ressort Allgemeine Bildung unter Ernst Flammer. Dem Bereich Forschung unterstellt sind die Ressorts Nationale Forschung unter Gregor Haefliger, Bilaterale Forschungszusammenarbeit unter Claudio Fischer und Multilaterale Forschungszusammenarbeit unter Jean-Pierre Ruder.

Weitere Informationen: [www.sbf.admin.ch/htm/index-d.html](http://www.sbf.admin.ch/htm/index-d.html)

---

## SMS

### ■ CRUS-Präsident Jean-Marc Rapp wiedergewählt

Der Rektor der Uni Lausanne, Prof. Dr. Jean-Marc Rapp, ist einstimmig als Präsident der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) wiedergewählt worden. Als Hauptgründe für die Wiederwahl wurden die Kontinuität in der Leitung im Hinblick auf die Planung der Hochschullandschaft 2008 sowie die Vertretung in gesamtschweizerischen und europäischen Gremien genannt. Die Amtsperiode dauert vom 1. April 2005 bis 31. März 2008.

Weitere Informationen: [www.crus.ch/deutsch/Aktuell](http://www.crus.ch/deutsch/Aktuell)

### ■ Neue Leaders im SNF

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) hat eine neue Führungsspitze: Prof. Dr. Dieter Imboden hat als Nachfolger von Prof. Dr. Heidi Diggelmann am 1. Januar 2005 seine Arbeit als Präsident des Nationalen Forschungsrates des SNF aufgenommen.

Am 11. Februar 2005 hat der Ausschuss des Stiftungsrats Dr. Daniel Höchli zum neuen Direktor des SNF ernannt. Er wird voraussichtlich Anfang August 2005 Annalise Eggimann, Direktorin ad interim, ablösen. Die Geschäftsstelle des SNF umfasst rund 130 Mitarbeitende.

Weitere Informationen: [www.snf.ch/de/com/prr/prr\\_arh\\_05feb11.asp](http://www.snf.ch/de/com/prr/prr_arh_05feb11.asp)

### ■ Ernst Mohr neuer Rektor der HSG

Der Rektor der Universität St. Gallen, Prof. Dr. Peter Gomez, tritt nach sechs Jahren Amtszeit auf Ende Wintersemester 2004/05 zurück. Nachfolger per 1. April wird der derzeitige Prorektor Prof. Dr. Ernst Mohr. Gomez wird nach einem halbjährigen Sabbatical den Ausbau des HSG-Weiterbildungsangebots zu einer School of Management, Technology and Law übernehmen.

Weitere Informationen: [www.unisg.ch](http://www.unisg.ch)

### ■ Kantonale Universitäten: Leichte Zunahme der ausserkantonalen Beiträge...

Im Jahr 2004 betragen die Einnahmen der Universitätskantone für ausserkantonale Studierende 402,1 Mio. Fr (+3.3%). Von den 402,1 Mio. Fr. bezahlen die Universitätskantone rund 163,5 Mio. Fr. oder 41% für die Ausbildung ihrer Studenten in einem anderen Universitätskanton selbst.

#### ...und der Grundbeiträge des Bundes

Die Grundbeiträge des Bundes beliefen sich nach dem Hochschulfördergesetz (UFG) auf 460,8 Mio. Fr. (+7.4%).

Weitere Informationen: [www.cus.ch/SHK/De/D\\_Aktuell/D\\_Aktuell\\_News/Aktuell\\_News1.html](http://www.cus.ch/SHK/De/D_Aktuell/D_Aktuell_News/Aktuell_News1.html)

### ■ Fachhochschule Bern: Gebührenerhöhung um 50%

Die Leitung der Berner Fachhochschule (BFH) will die Studiengebühren um 50 Prozent erhöhen. Künftig sollen die Fachhochschüler in Bern 900 Franken pro Semester zahlen müssen. Dies bringt Mehreinnahmen von rund 2,1 Mio. Fr. Diskussionen über Studiengebührenerhöhungen werden landesweit geführt: Der Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft, der Wirtschaftsverband Economie-suisse und die Denkfabrik Avenir Suisse regen 2500 Fr. pro Semester an. Der Verband Schweizerischer Hochschulstudierendenschaften (VSH) wäre mit 2000 Fr. pro Jahr einverstanden. Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) will hingegen die heutige Lage nicht ändern (1000–1200 Fr. pro Jahr).

Weitere Informationen: «Der Bund», Ausgabe vom 24. Februar 2005, «Studieren wird massiv teurer» sowie unter [www.espace.ch/artikel\\_64992.html](http://www.espace.ch/artikel_64992.html)

### ■ Neuenburg: Universitätsrat stimmt Reformplänen zu

Der Rat der Universität Neuenburg hat am 20. Januar 2005 den Reformplänen des Rektorats grundsätzlich zugestimmt. Vorbehalte wurden in Bezug auf die geplante Abschaffung der Lehrstühle für Italienisch und Altgriechisch angebracht. Die in den Reformplänen ausgeführten Ziele für den Zeitraum 2005–2008 sind auf einen Zeithorizont bis 2015 ausgerichtet. So sollen ein Kompetenzzentrum für soziale Prozesse geschaffen, die Mikrotechnik und die pflanzliche Biologie ausgebaut sowie der Übergang zum Bologna-System vollzogen werden.

Weitere Informationen: [www.unine.ch/presse/Communique/plan\\_intentions0105.htm](http://www.unine.ch/presse/Communique/plan_intentions0105.htm)

---

# FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

mars 2005

## ■ L'Etat et la formation

### Des visions svp, et non des coupures!

Les programmes d'allègement budgétaire se suivent. C'est un exercice quasi annuel qui applique aux finances fédérales le principe de l'arrosoir au détriment de celui de la définition de priorités.

Ainsi par exemple, selon le Programme d'allègement budgétaire 2004 (PAB 04), plus de 10% des coupures proposées se feront aux dépens du domaine Formation, Recherche et Technologie (FRT), ce qui est supérieur aux 7% environ des dépenses fédérales que représente ce secteur.

On est très loin des bons sentiments manifestés dans la phase préparatoire du Message FRT 2004-2007, lorsque l'on promettait un accroissement de 6,5% des moyens financiers pour rattraper le retard pris dans les années 90. Puis est arrivé le PAB 03: cette augmentation est alors descendue à 4,8%. Et avec le PAB 04, on atteint désormais 3,5% (chiffres officiels du Message et du Secrétariat d'Etat), et même 2,1% pour le domaine des EPF, ce qui signifie une diminution de facto de 2% si l'on veut bien honnêtement prendre en considération le renchérissement. Sans parler des coupures drastiques mettant en danger le soutien du Fonds national de la recherche scientifique à l'horizon 2008.

Que de paradoxes alors que l'OCDE montre que les domaines de la formation et de la recherche ainsi que les infrastructures de communication représentent les domaines les plus «productifs» pour un Etat.

Autre paradoxe: tous les partis et organismes concernés sont unanimes à reconnaître que la formation et la recherche sont des tâches prioritaires de l'Etat. Il existe plusieurs pistes pour réduire les conséquences négatives des réformes dans ces domaines. L'une d'elle consisterait à créer un fonds permettant une adaptation des structures des dépenses pour les domaines prioritaires, fonds qui pourrait par exemple être financé par le produit de la vente des actions Swisscom.

Il est en tout cas urgent d'agir. Car nous ne pouvons continuer ainsi, sans orientation et sans aucune vision sur le plan du contenu, dans cette voie d'allègements budgétaires. Nous devons avoir le courage de tirer des priorités selon les principes de la Realpolitik. Les priorités uniquement rhétoriques ont fait leur temps.

*Hans Widmer, Dr ès lettres,  
Conseiller national, Lucerne  
Membre du Team FUTURE*

## Les hautes écoles, moteurs de la croissance

**Oui, les universités et hautes écoles contribuent dans une grande proportion aux finances de l'Etat! Elles peuvent rapporter des dizaines de millions à un canton et injecter des centaines de millions dans l'économie. Tel est le résultat d'un tour d'horizon de quelques hautes écoles suisses que nous commençons dans cette édition.**

**Très souvent, les chiffres indiqués concernent l'impact économique direct basé sur les données effectives du budget. Il est plus difficile d'analyser les effets d'entraînement sur le tissu économique au sens large (par exemple création et attraction d'entreprises, augmentation des places de travail, effets sur l'immobilier ou l'hôtellerie, image internationale, licences, brevets). Mais une chose est certaine: à l'instar de prestigieuses institutions universitaires (Boston Area: <http://web.mit.edu/newsoffice/2003/econimpact.html>), nos hautes écoles sont des moteurs de la croissance.**

### Université de Saint-Gall: une bonne affaire pour la région

Si Saint-Gall n'avait pas d'Université, ses finances cantonales en seraient allégées de quelque 15 millions de francs. Un montant plus de deux fois supérieur à ce que lui coûte sa contribution, dans le cadre de l'Accord intercantonal universitaire, aux coûts engendrés par les étudiants d'origine saint-galloise dans d'autres cantons universitaires. Celui qui ne réfléchirait qu'en termes de coûts en arriverait ainsi à la conclusion que l'Université constitue une très mauvaise affaire pour le canton.

C'est pourtant le contraire qui est vrai, comme le prouve une étude du Prof. Georges Fischer<sup>1</sup> qui a analysé systématiquement les incidences économiques de l'Université de Saint-Gall (HSG). Celle-ci est en effet l'un des dix plus gros employeurs du canton avec quelque 1000 salariés fixes et à peu près autant de personnes bénéficiant d'honoraires en Suisse et à l'étranger.

En 1999, l'exploitation de la HSG a généré des flux de paiement de quelque 185 millions de francs en tout, ce qui représente plus de 1% du revenu cantonal. Sur ce montant total, les activités de base de l'Université représentent 63 millions de francs (soit 34%); les instituts et les centres de formation continue qui lui sont associés, 50 millions de francs (27%); les dépenses de consommation des étudiants, enfin, 72 millions de francs (39%).

142 de ces 185 millions de francs ont profité au canton de Saint-Gall, et 113 millions directement à la ville de Saint-Gall. Cet afflux de pouvoir d'achat correspond à 3,5% du revenu de la ville. Cela représente un afflux de 1630 francs par habitant de la ville, contre 34 francs de dépenses par habitant en faveur de la HSG.

Si l'on retranche les 42 millions de francs de pouvoir d'achat qui sont allés à la HSG, il en résulte pour le canton un solde positif d'environ 100 millions de francs, dont l'essentiel (99 millions de francs) en faveur de la ville. A plus long terme, ces flux de paiement directs déclenchent des processus de multiplication. Sans parler d'effets non quantifiables comme les retombées positives pour l'image de la ville et de la région.

Les retombées économiques de l'Université de Saint-Gall avaient déjà été étudiées en 1989. Une comparaison avec cette étude fait apparaître que, dans l'ensemble, les flux de paiement de la HSG ont presque doublé en l'espace de dix ans en raison de l'augmentation du nombre d'étudiants et de l'extension des activités des instituts.

(Suite en page 2)



Par ailleurs, une autre étude menée en parallèle a fait ressortir que, au cours de ces dix ans, près de 850 diplômés de la HSG ont créé avec succès 1450 entreprises, qui ont généré 24000 nouveaux postes de travail. Dans 15% des cas, la région saint-galloise a été choisie comme site d'implantation. Zurich représente la même proportion.

### Université de Lausanne: un bénéfice net de plusieurs dizaines de millions pour le canton

A l'Université de Lausanne (UNIL), l'Institut de macroéconomie appliquée (Créa) a procédé en 2001 à une étude sur le même thème. Dans son résumé, elle indique que le calcul de l'impact financier pour une année particulière peut donner des résultats exceptionnellement élevés ou, au contraire, exceptionnellement bas. En revanche, une analyse sur une plus longue période permet de dégager une tendance générale et d'en mesurer le montant moyen. En l'occurrence, les calculs pour la période 1991–2000 mènent aux conclusions suivantes:

1. L'impact financier net des activités liées à la présence de l'Université est positif pour le canton de Vaud.
2. La collectivité publique contribue pour un montant d'environ 238 millions par an en moyenne au fonctionnement de l'UNIL, mais cette dernière injecte 304 millions en moyenne dans l'économie vaudoise. Le bénéfice net moyen pour le canton est donc de 66 millions par année. Ce montant est probablement sous-estimé, car il ne représente que les activités directement mesurables à travers les statistiques de l'UNIL et il ne tient pas compte de toutes les contributions financières liées indirectement à la présence de l'UNIL, comme, par exemple, les dépenses des congressistes dans le canton quand ils participent à un congrès organisé par l'UNIL. Ces chiffres signifient que, si l'Université disparaissait dans un trou noir, l'effet immédiat sur l'économie du canton serait une perte d'environ 66 millions. Autour de la moyenne de 66 millions, il peut y avoir des fluctuations plus ou moins importantes selon les années. Ces fluctuations dépendent avant tout du montant des investissements, qui progressent parfois par sauts, et de la part des dépenses pour biens et services effectués dans le canton. Les autres variables prises en considération sont les charges de personnel, les dépenses des étudiants, les mandats, etc.
3. Les investissements jouent un rôle important dans le calcul de l'incidence primaire nette, car, selon la nature des investissements, la contribution de la Confédération est plus ou moins élevée, alors que les dépenses d'investissements se font en majeure partie dans le canton. Si les investissements sont destinés avant tout à des constructions nouvelles, l'impact sur le revenu cantonal est positif et d'autant plus élevé que le montant des investissements est élevé. Ainsi, une extrapolation des calculs permet de conclure que l'apport financier supplémentaire des constructions projetées en 2002–2010, pour un montant global d'environ 215 millions, pourrait être de 6 à 7 millions par an, ce qui correspond à une augmentation de l'incidence primaire nette de 10%.

### Université de Fribourg: un agent économique important

Selon une étude réalisée par la Chambre fribourgeoise du commerce et de l'industrie publiée en 1999, l'impact financier de l'Université de Fribourg sur l'économie cantonale se laisse mesurer par d'importants flux financiers. Ainsi, pour l'année 1998, le montant total de l'injection financière due à la présence de l'Université s'est élevé à 333,99 millions de francs, contre 259,5 millions en 1993.

Cette somme s'explique d'une part par l'injection directe de fonds qui, en 1998, a représenté 222,66 millions de francs (contre 173 millions en

1993) et, d'autre part, en tenant compte de l'effet multiplicateur généralement admis dans des applications similaires, par les dépenses induites, estimées à 50% des dépenses directes, soit 111,33 millions de francs.

Avec à l'époque quelque 1100 collaborateurs en équivalents plein-temps, l'Université de Fribourg est l'un des plus gros employeurs du canton. L'Université achète des biens et des services aux entreprises privées de la région. En 1998, elle a passé pour 33 millions de francs de commandes.

Les dépenses quotidiennes des plus de 9000 étudiants ont des incidences sur le logement, les transports, l'habillement, les services financiers, les assurances, les librairies, les garages, les télécommunications, etc. Au total, les étudiants et le personnel de l'Université représentent 10000 consommateurs de biens et de services pour l'économie fribourgeoise.

Les investissements de 110 millions de francs dans la construction du projet de Pérolles 2, dont 61 millions de francs payés par la Confédération et 49 millions par le canton, intéressent les entreprises du gros-œuvre, du second-œuvre, des installations et des équipements. L'Etat, toujours selon l'étude publiée en 1999 par la Chambre fribourgeoise du commerce et de l'industrie, adopte ainsi un comportement anticyclique qui s'avère judicieux dans une période morose pour l'important secteur de la construction de l'ensemble de la région fribourgeoise.

<sup>1)</sup> Pour de plus amples informations sur l'étude «Die Universität St. Gallen – ein Profitcenter des Kantons?» du Prof. Georges Fischer: Université de Saint-Gall, service de presse, Dufourstrasse 50, 9000 Saint-Gall, Tél: 071 224 22 25. Site web: [www.unisg.ch](http://www.unisg.ch).

### ■ La vision de Charles Kleiber

## Les hautes écoles suisses en 2015: des «entreprises publiques du savoir»?

Alors que la compétition internationale ne cesse de s'intensifier, et tandis que raccourcit la durée de vie des avantages concurrentiels des régions économiques, l'ilot de cherté qu'est la Suisse connaît de plus en plus de difficultés à rester dans la course sur le plan économique. Ainsi, de 1997 à 2002, elle a enregistré une croissance de 1,7%, contre une moyenne de 3,1% sur le plan mondial.

Des tendances structurelles à l'échelon mondial indiquent qu'une économie du savoir se met en place et qu'elle est appelée à devenir un important facteur de production, de développement et de puissance. Dans ce contexte, on s'interroge face à l'intention de la Confédération de procéder à d'importantes coupes budgétaires jusque dans le secteur tertiaire, et ce alors même que le nombre d'étudiants continuera de croître jusqu'en 2013 selon l'Office fédéral de la statistique (OFS). A quoi ressemblera le paysage suisse des hautes écoles dans dix ans? C'est cette thématique qu'a abordé Charles Kleiber, secrétaire d'Etat à l'éducation et à la recherche, lors de l'assemblée générale de la Conférence des services d'information et de relations publiques des universités et hautes écoles suisses (SUPRIO) le 20 janvier dernier à Berne.

Pour Charles Kleiber, la Suisse a besoin d'une «réindustrialisation à haute valeur ajoutée». Cela implique de réformer et d'investir. L'un des objectifs importants, à cet égard, réside dans la constitution, à l'échelon de tout le pays, d'un espace suisse de la formation et de la recherche à l'intérieur duquel la concurrence et la collaboration seraient encouragées, en particulier dans le domaine de la recherche, ainsi que dans un pilotage plus affirmé de l'ensemble du système et dans une concentration des compétences fédérales au sein d'un seul Département. Le secrétaire d'Etat a mentionné comme action à court terme dans ce sens le projet «Paysage suisse des hautes écoles 2008».

Charles Kleiber ne croit pas que le nombre d'institutions changera d'ici à 2015. Toutefois, l'offre sera remodelée et l'on assistera à une évolution

des structures vers de grands centres de compétences. Charles Kleiber estime nécessaire un processus d'apprentissage collectif devant mener à des «entreprises publiques du savoir» ouvertes sur le monde, à une internationalisation plus marquée ainsi qu'à une plus grande mobilité des étudiants, en particulier à l'intérieur de l'Europe. Il s'attend à ce que les dépenses dans le domaine de la formation, de la recherche et de la technologie équivalent à 3 à 4% du PIB. (bin)

## Calendrier pour les articles sur l'éducation

Peu après la publication, en décembre 2004, du rapport sur les résultats de la consultation de la Commission science, éducation et culture de Conseil national (CSEC-CN), la sous-commission Bieri du Conseil des Etats a entrepris d'adapter le projet d'article constitutionnel sur les hautes écoles, jugé insuffisant lors de la procédure de consultation. Parallèlement à cela, la sous-commission Randegger de la CSEC-CN s'est attelée, en janvier et février de cette année, à la prise en compte des résultats de la consultation et à la clarification de la question de subsidiarité à l'art. 62a avec la réglementation de l'entrée à l'école, selon l'impulsion donnée par l'initiative parlementaire Gutzwiller.

En mai, la CSEC-CN traitera le nouvel article sur les hautes écoles proposé par sa commission sœur du Conseil des Etats et l'intégrera aux nouvelles dispositions constitutionnelles sur l'éducation. L'ensemble sera ensuite transmis dans un même paquet au Conseil fédéral et à la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CIDP) afin que ces deux instances puissent prendre position.

En octobre 2005, ce paquet sera prêt pour être débattu au plénum par le Conseil national.

En ce qui concerne le Conseil des Etats, le débat au plénum pourra vraisemblablement avoir lieu en décembre 2005. Le vote final interviendra au plus tard au cours de la session de printemps 2006. La votation populaire sur les nouveaux articles constitutionnels est prévue pour l'automne 2006.

Pour de plus amples informations: Johannes Randegger, conseiller national, johannes.randegger@group.novartis.com.

## ■ Who's who?

### Nouveau Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche (SER)

Depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2005, une nouvelle entité, le Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche (SER), remplace le Secrétariat d'Etat du Groupement de la science et de la recherche (GSR), l'Office fédéral de l'éducation et de la science (OFES) et le Bureau des affaires spatiales (SSO). Placé sous la conduite du secrétaire d'Etat Charles Kleiber, le nouveau SER fait partie du Département fédéral de l'intérieur (DFI). Il regroupe quatre domaines confiés à la responsabilité de Marc Bertschi (vice-directeur en charge des affaires spatiales), Margrit Meier (vice-directrice, éducation), Gérard Escher (vice-directeur, analyse et prospective) et Paul E. Zinsli (directeur suppléant responsable de la recherche, auquel sont également rattachés les unités «Finances/services centraux» et «Personnel»).

Le domaine de l'éducation englobe l'unité «Hautes écoles universitaires», confiée à Margrit Meier, ainsi que l'unité «Education générale» dirigée par Ernst Flammer. Le domaine de la recherche, quant à lui, comprend les unités «Recherche nationale» (responsable: Gregor Haefliger), «Coopération bilatérale de recherche» (Claudio Fischer) et «Coopération multilatérale de recherche» (Jean-Pierre Ruder).

Informations complémentaires:  
[www.sbf.admin.ch](http://www.sbf.admin.ch)

---

## SMS

### ■ Jean-Marc Rapp réélu à la présidence de la CRUS

Le professeur Jean-Marc Rapp, recteur de l'Université de Lausanne, a été réélu à l'unanimité à la présidence de la Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS), pour la période du 1<sup>er</sup> avril 2005 au 31 mars 2008. La continuité à la tête de la CRUS en vue de la planification du paysage universitaire suisse à l'horizon 2008 et celle de sa représentation dans les commissions suisses et européennes sont les principaux arguments ayant motivé cette réélection.

Informations complémentaires: [www.crus.ch/franz/Aktuell/](http://www.crus.ch/franz/Aktuell/)

### ■ Nouvelles têtes dirigeantes au FNS

Le Fonds national suisse (FNS) s'est doté de deux nouvelles têtes dirigeantes. Le prof. Dieter Imboden assume la présidence du Conseil national de la recherche depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2005, en remplacement de la prof. Heidi Diggelmann. En outre, lors de sa séance du 11 février 2005, le Comité du Conseil de fondation du FNS a désigné le Dr Daniel Höchli au poste de directeur du FNS. Il succédera, probablement dès le début du mois d'août 2005, à Mme Annalise Eggmann, directrice ad interim du FNS et de ses quelque 130 collaboratrices et collaborateurs.

Informations complémentaires: [www.snf.ch/fr/com/prr/prr\\_arh\\_05feb11.asp](http://www.snf.ch/fr/com/prr/prr_arh_05feb11.asp)

### ■ Ernst Mohr nouveau recteur de l'Université de Saint-Gall

En poste depuis six ans, le recteur de l'Université de Saint-Gall, le professeur Peter Gomez, quittera cette fonction à la fin du semestre d'hiver 2004-05. Son successeur sera le professeur Ernst Mohr, actuellement vice-recteur. Peter Gomez, de son côté, après un congé sabbatique de six mois, s'occupera de développer l'offre de formation continue de l'Université de Saint-Gall dans la direction d'une école de management, de technologie et de droit.

Informations complémentaires: [www.unisg.ch](http://www.unisg.ch)

### ■ Universités cantonales: légère augmentation des contributions extra-cantonales...

En 2004, les cantons universitaires ont encaissé 402,1 millions de francs grâce aux étudiants extra-cantonaux (+3,3%). Les cantons universitaires versent eux-mêmes 41% de cette somme, soit 163,5 millions, pour la formation de leurs étudiants dans d'autres universités.

#### ...et des subventions de base

Par ailleurs, les subventions de base de la Confédération, au sens de la Loi fédérale sur l'aide aux universités (LAU), se sont montées à 460,8 millions de francs (+ 7,4%).

Informations complémentaires:  
[www.cus.ch/SHK/Fr/F\\_Aktuell/F\\_Aktuell\\_News/Actuel\\_News1.html](http://www.cus.ch/SHK/Fr/F_Aktuell/F_Aktuell_News/Actuel_News1.html)

### ■ HES bernoise: augmentation des taxes de 50%

La direction de la Haute école spécialisée bernoise (HESB) veut augmenter de 50% les taxes d'études. A l'avenir, les étudiants paieront 900 francs par semestre. Il en résultera des recettes supplémentaires de l'ordre de 2,1 millions de francs pour la HESB. Plus largement, le sujet des taxes d'études est actuellement débattu au niveau national. Ainsi, le groupe de travail capital et économie, l'association d'entreprises Economiesuisse et le think tank Avenir Suisse réclament des taxes de 2500 francs par semestre. L'Association des étudiants des hautes écoles suisses (AES) serait d'accord avec une hausse à 2000 francs par an. L'Union des étudiant-e-s de Suisse (UNES), de son côté, souhaite préserver le statu quo, à savoir entre 1000 et 1200 francs par an.

Lire à ce sujet (en allemand): «Der Bund», édition du 24 février 2005, «Studieren wird massiv teurer» ou [www.espace.ch/artikel\\_64992.html](http://www.espace.ch/artikel_64992.html)

### ■ Université de Neuchâtel: plan d'intentions accepté

Le Conseil de l'Université de Neuchâtel a accepté le 20 janvier 2005 le plan de réforme du rectorat, tout en émettant des réserves sur la suppression des chaires de grec et d'italien. Outil de gestion stratégique pour la période 2005-2008, le plan d'intentions de l'Université de Neuchâtel donne des orientations claires pour le développement de l'institution qui s'inscrivent dans une perspective de plus long terme s'étendant jusqu'à l'horizon 2015: création d'une Maison d'analyse des processus sociaux (MAPS), renforcement de la microtechnique et du pôle de biologie végétale, et passage réussi au système de Bologne.

Informations complémentaires:  
[www.unine.ch/presse/Communique/plan\\_intentions0105.htm](http://www.unine.ch/presse/Communique/plan_intentions0105.htm)

---